

**Frage 1: Sind Sie bereit, sich für das „Projekt“ Europa, die EU, einzusetzen und es mit dem Ziel weiter zu entwickeln, dass es stärker ein Europa der Wertegemeinschaft wird, in der die Menschenwürde, die Menschenrechte und soziale Rechte eine wichtige Rolle spielen?**

## **SPÖ**

Die SPÖ bekennt sich zum europäischen Einigungswerk und betrachtet die EU als das erfolgreichste Friedensprojekt in der Geschichte unseres Kontinents. Mit Nachdruck setzen wir uns für ein soziales und bürgernahes Europa ein. Die EU muss zur Stärkung und Weiterentwicklung der Grundlagen des europäischen Sozialmodells beitragen, nur so wird es gelingen, die Akzeptanz und das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die EU wieder zu gewinnen.

## **ÖVP**

Europa bedeutet Friedensgewinn, Freiheitsgewinn, Wohlstandsgewinn und Sicherheitsgewinn. Die ÖVP als DIE österreichische Europapartei setzt sich dafür ein, dass das europäische Friedensprojekt noch mehr zu einer positiven Wertegemeinschaft wird. Europa muss auch in Zukunft Vorbild im Bereich der Menschenrechte, Bürgerfreiheiten, wirtschaftlichen Leistung und des sozialen Zusammenhalts in der Welt sein.

## **Die Grünen**

Die Grünen wollen die Union als Europäische Demokratie mit hohen sozialen und ökologischen Standards politisch mitgestalten. Die **Erweiterung der Europäischen Union** darf nicht auf Kosten von Dumpingprozessen im Umwelt- und Sozialstandards basieren, die Anhebung dieser Standards in den Beitrittsländern muss zu einem wichtigen Ziel der Erweiterung werden. In diesem Zusammenhang geht es auch darum, eine **Europäische Sozialpolitik** mit Mindeststandards im Lohn und Grundsicherungsbereich anzustoßen, denn nur ein sozialer Ausgleich, kann das Projekt auf eine neue Grundlage stellen und dadurch das Vertrauen der Menschen zurückgewinnen. Schutz von Flüchtlingen, auf der Einhaltung der Menschenrechte aufbauende Kooperation zwischen den EU-Staaten sowie eine für mögliche MigrantInnen planbare Einwanderungspolitik sind Gebot der Stunde.

Wir treten jetzt dafür ein, dass ein **'European act for democracy'** der die Rechte der europäischen Bürgerinnen und Bürger erweitert, die Charta der Grundrechte, die Ziele und Werte der Union, das europäische Volksbegehren, die Mitentscheidungsrechte des Europäischen Parlaments, die Kontrollrechte des EuGH und die Öffentlichkeit der Gesetzgebung beinhaltet den europäischen Bürgerinnen und Bürgern zur Debatte vorgelegt wird und europaweit darüber abgestimmt wird. Dieser Vertrag der Bürgerinnen und Bürger soll gleichzeitig mit der nächsten Wahl zum Europäischen Parlament im Juni 2009 einer europaweiten Volksbefragung unterzogen werden.

## **KPÖ**

Die KPÖ lehnt den mit der Volksabstimmung in Irland gescheiterten EU-Vertrag ab, vor allem weil darin die Militarisierung der EU und der Neoliberalismus festgeschrieben würden. Die KPÖ strebt gemeinsam mit fortschrittlichen Gewerkschaften, Sozialbewegungen und Linksparteien in anderen EU-Ländern ein anderes, nämlich ein soziales, demokratisches, ökologisches und friedliches Europa als Alternative zur jetzigen EU an, das als „Europa der Konzerne“ keine Antwort auf die kapitalistische Globalisierung, sondern Teil derselben ist.

## **Die Christen**

Ich komme aus der PANEUROPA-Union und war dort etwa zwischen 1979 und 1985 sehr aktiv. Wir haben damals immer von einem christlichen Europa der Vaterländer gesprochen. Niemals haben wir an einen totalitären Zentralstaat gedacht, der als politisches Leitprinzip Gender-Mainstreaming hat und einen aggressiven Atheismus pflegt. Wir wollen von der Basis her in unserem Sinn wirken.